

Das Prinzip Nachhaltigkeit und seine Umsetzung in Deutschland

Die folgenden Ausführungen konzentrieren sich auf Fragen des normativen Gehaltes von Nachhaltigkeit. Sie benennen sieben Dimensionen, die aus meiner Sicht für ein tragfähiges Verständnis der Nachhaltigkeit unverzichtbar sind: 1. Ökologisch/forstwirtschaftlich, 2. politisch, 3. gerechtigkeits-theoretisch, 4. sozioökonomisch, 5. demokratisch, 6. kulturell, 7. theologisch.

Meine Darstellung hat auch eine kritische Absicht: Es gibt derzeit aus meiner Sicht weltweit in allen Dimensionen fundamentale Missverständnisse. Diese sind mitverantwortlich dafür, dass der Umwelt- und Entwicklungsdiskurs in den letzten Jahren häufig in Sackgassen geraten ist und Nachhaltigkeit als vermeintlich inhaltsleeren „Gummibegriff“ und unverbindlichen „Alleskleber“ in Misskredit gebracht hat. Das Ziel meines Vortrags ist ein Beitrag zur „Rettung des Begriffs“ durch die Abgrenzung gegen seine Verflachung im undifferenzierten Gebrauch.

Darüber hinaus habe ich auch eine Leitidee für die Weiterentwicklung der katholischen Soziaethik: bisher ist die Umweltfrage dort nicht systematisch verankert und nicht hinreichend mit der sozialen Frage verbunden. Deshalb sind christliche Appelle für Schöpfungsverantwortung meist politisch unwirksam. Entscheidend für eine Überwindung dieses Defizits wäre die Verortung der Nachhaltigkeit als viertes Sozialprinzip in der katholischen Soziallehre (zusammen mit Personalität, Solidarität und Subsidiarität). Eine Inkulturation des Evangeliums in die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen sowie eine Globalisierung der Solidarität ist heute ohne Nachhaltigkeit nicht zu haben. Dafür bräuchte es jedoch zugleich eine kritische Weiterentwicklung des Prinzips, zu der der christliche Glaube substantielles beitragen könnte.

1. Ökologisch: Forstwirtschaftliche Impulse für das Gemeinwohl

Das Regulationsprinzip der Nachhaltigkeit, das zuerst 1713 von dem sächsischen Oberberghauptmann Hans Carl von Carlowitz formuliert wurde, ist ein Produkt der Frühaufklärung. Die Herausbildung steht im Kontext des Kameralismus, durch den er die bis heute prägende Orientierung auf das Staats- und Gemeinwohl übernahm.

Carlowitz verwendet „nachhaltig“ als Gegenbegriff zu „nachlässig“. Nachhaltigkeit ist von daher nicht ein passives Begrenzungsprinzip, sondern zielt auf eine optimale Anpflanzung und Pflege der zum jeweiligen Boden und Bedarf passenden Bäume in robusten Kulturen. Es geht um aktive und innovative Zukunftsgestaltung, nicht bloß um Grenzen dessen, was erlaubt bzw. verboten ist. Für den von der Naturphilosophie Spinozas tief beeindruckten Carlowitz steht dahinter die Vorstellung der „natura naturans“, also der Natur als einer

schaffenden, sich stets weiterentwickelnden Macht. Es geht von daher nicht primär um die Konservierung des Bestehenden, sondern darum, den Leben schaffenden Kräften der Natur Raum zu geben.

Verallgemeinert man das Prinzip der Nachhaltigkeit als Regel für den Umgang mit natürlichen Ressourcen insgesamt, bedeutet es: Das Ressourceneigentumsrecht einer Generation ist nie unbeschränkt, sondern trägt immer den Charakter eines *usus fructus*, eines Rechts, sich die Erträge anzueignen, solange die Ertragskraft als solche erhalten bleibt. Weil der Mensch die Natur nicht geschaffen hat, kann er auch nicht in einem emphatischen Sinn ihr Eigentümer sein. So formulierte es bereits der liberale Philosoph John Locke im 17. Jahrhundert. Bekannt ist diese Denkfigur heute insbesondere durch die monotheistischen Religionen mit ihrem Hinweis auf Gott als den eigentlichen Eigentümer der Schöpfung. Nachhaltigkeit braucht eine kritische Reflexion des Eigentumsbegriffs.

Nachhaltigkeit ist also von Anfang an weit mehr als eine forstwissenschaftliche Erhaltungsregel. Dennoch ist die Kurzformel der forstlichen Nachhaltigkeit sehr einprägsam und für einen ersten Zugang zum Begriffsverständnis gut geeignet: „Nicht mehr Bäume schlagen, als nachwachsen“, oder allgemeiner: „Nicht mehr Ressourcen verbrauchen, als sich im gleichen Zeitraum neu bilden.“ Hierzu kann man in zahlreichen Feldern anschauliche Analogien bilden. So beispielsweise in der Finanzwirtschaft: „Von den Zinsen und nicht vom Kapital leben“ ist ein Maßstab finanzieller Nachhaltigkeit, der in Zeiten der Schuldenkrise zunehmend postuliert wird (beispielsweise in den „Goldenen Regeln zur Haushaltsstabilisierung“ (Bundesregierung 2008).

Kern der Nachhaltigkeit ist die planend vorausschauende und umsichtige Einbindung der Wirtschaft in ökologische Stoffkreisläufe und Zeitrhythmen.

2. Politisch: Nachhaltigkeit als Querschnittspolitik

Bei der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro 1992 hat sich die Völkergemeinschaft auf das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung verständigt und dieses in weit ausgreifender Hoffnung und Selbstverpflichtung als „Handlungsprogramm für das 21. Jahrhundert“ (Agenda 21) definiert. Im Kontext der UN fand eine Neuprägung des Verständnisses von Nachhaltigkeit statt. Innovativ war vor allem die Verknüpfung der Themen Umwelt und Entwicklung sowie ihre Integration in alle Politikfelder. „Sustainable development“ wurde so zu einem umfassenden Leitbild globaler Partnerschaft.

Die systematische Akzentuierung der vielschichtigen Zusammenhänge von ökologischen, sozialen und ökonomischen Faktoren ist der Kern dieses Zugangs zu Nachhaltigkeit. Die übliche Bezeichnung als „Dreisäulenkonzept“ ist irreführend, da es nicht um ein gleichberechtigtes Nebeneinander der drei Zugänge geht, sondern um deren Integration

und Vernetzung. „Retinität“ (Gesamtvernetzung) nennt der Sachverständigenrat für Umweltfragen in seinem Gutachten von 1994 von daher die konzeptionelle umweltethische Grundidee von Nachhaltigkeit und stellt einen Bezug zu Steuerungsproblemen vernetzter komplexer Systeme her. In der Planungspraxis ist als Pendant hierzu oft von Querschnittspolitik die Rede.

Hinter dem Dreisäulenkonzept steckt zugleich eine tiefe Wahrheit und eine grundlegende Gefahr: Richtig ist, dass aus ethisch-politischer Sicht der entscheidende strategische Punkt von Nachhaltigkeit darin besteht, die ökologische Perspektive um soziale und ökonomische Zugänge zu erweitern. Erst dies befreit die Umweltpolitik aus ihrer Isolierung und vermag das nachsorgende Reparaturverhalten in eine zielorientierte Programmatik zu wandeln, also in sozio-ökonomische Entwicklungskonzepte zu integrieren. Der defensive Schutz von Naturreservaten ist zu wenig als konzeptionelle Grundlage von Nachhaltigkeit.

Missverstanden wird das Dreisäulenkonzept jedoch, wenn man damit eine Gleichwertigkeit von Ökologie, Ökonomie und Sozialem behaupten will. Das sind völlig unterschiedliche Bereiche, die man nicht eins zu eins vergleichen kann. Man vergleicht Äpfel mit Birnen und kommt in der Wertung zu willkürlichen Aussagen. Wer Nachhaltigkeit als Summe aus sozialen, ökologischen und ökonomischen Zielen definiert, verfällt dem maximalistischen Fehlschluss. Da es kaum etwas gibt, was sich nicht unter diese drei Begriffe subsummieren lässt, wird der Umfang des Begriffs nahezu unendlich – und nach dem Gesetz der Logik sein Inhalt folglich nahezu null, da er ja nichts begrenzt, nichts definiert und inhaltlich somit völlig leer ist.

Soll der Begriff der Nachhaltigkeit überhaupt einen Sinn machen, dann ist er nicht als die Summe, sondern als die Wechselwirkung zwischen ökologischen, sozialen und ökonomischen Faktoren zu definieren. Es geht nicht um die Gesamtheit aller ökosozialen und wirtschaftlichen Probleme, sondern um systemisches Denken angesichts der „Vergesellschaftung von Umweltproblemen“.

Diese Analyse hat erhebliche Konsequenzen für die konzeptionelle Ausrichtung von Nachhaltigkeitsprozessen. Wer sie als Summe ökologischer, sozialer und ökonomischer Aspekte versteht, gerät in das Fahrwasser einer konturlosen und letztlich beliebigen Ausweitung. Diese Problematik lässt sich deutlich auch in deutschen Nachhaltigkeitsdiskursen beobachten.

3. Gerechtigkeits-theoretisch: Intergenerationelle und globale Verantwortung

Das Nachhaltigkeitskonzept von Rio setzt in seiner Argumentationslogik nicht spezifisch ökologisch an. Stattdessen gründet es in der Erweiterung des Verständnisses von Gerechtigkeit auf weltweite und generationenübergreifende Dimensionen (globale und intergenerationelle Gerechtigkeit). Dies ist eine logische Konsequenz der Globalisierung,

deren räumliche und zeitliche Entgrenzung wirtschaftlicher und sozialer Interaktionen eine entsprechende Erweiterung der Ethik erfordert.

Der wissenschaftliche Streit beginnt mit der Frage, ob „Gerechtigkeit“ egalitaristisch als „Gleichheit“ interpretiert werden soll. Wenn man es befürwortet (wie z.B. die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“, die 1996 vom Wuppertalinstitut erstellt wurde), ergeben sich zwei ethische Grundpostulate: 1. gleiche Lebenschancen für künftige Generationen, 2. gleiches Recht auf global zugängliche Ressourcen. Angesichts der tiefen Unterschiede hinsichtlich der geographischen, kulturellen und historischen Voraussetzungen, unter denen Menschen leben, sind solche Gleichheitspostulate jedoch höchst problematisch. Soloterdijk spricht von einem „Natursozialismus“ pauschaler Gleichheitspostulate.

Weil sich Zukunft oft nicht ausrechnen lässt und die Bedürfnisse und Fähigkeiten künftiger Menschen nur unvollständig bekannt sind, sollte man der Freiheit einen hohen Stellenwert einräumen. Deshalb hilft die Idee einer Gleichverteilung der Ressourcen zwischen den Generationen in vielen Bereichen nicht weiter. Zielgröße sollte vielmehr sein, den Nachkommen eine Welt zu hinterlassen, die ihnen genügend Freiheitsräume und Mittel bietet, ihre eigenen Entscheidungen zu treffen.

Zentrale Bewährungsprobe für intergenerationelle Verantwortung ist heute die CO₂-Gerechtigkeit. Auf der Basis eines menschenrechtlichen Ansatzes ergibt sich, dass Armutsbekämpfung systematisch integriert und ethisch vorrangig behandelt werden muss. Für die führenden Industrienationen heißt CO₂-Gerechtigkeit, dass sie ihren CO₂-Ausstoß bis 2050 um mindestens 80 % reduzieren müssen. Für Deutschland bedeutet das eine Reduktion von ca. 10 auf 2 Tonnen pro Person und Jahr.

Wissenschaftlich gesehen braucht Klimagerechtigkeit vor allem eine Verbesserung der Informations- und Berechnungsbasis für die CO₂-Kreisläufe (z.B. Einbeziehung von Flugbenzin sowie der Senkenfunktion von Wäldern und Boden) sowie belastbare Analysen zu den Funktionsbedingungen von Märkten zum Emissionshandel, auf dem viele Hoffnungen auf einen Kurswechsel zu nachhaltiger Energieversorgung ruhen. Faktisch hat Deutschland bei den Verhandlungen in Brüssel jedoch dazu beigetragen, dass die Wirksamkeit des europäischen Zertifikaten-Handels zerstört wurde, weil zu viele billige Zertifikate ausgegeben wurden und werden.

4. Sozio-ökonomisch: Operationalisierungen des Nachhaltigkeitsprinzips

Nachhaltigkeit konkretisiert sich im Bemühen um die Erhaltung des „natürlichen Kapitalstocks“. Die konzeptionelle Diskussion um das Theorem des natürlichen Kapitalstocks läuft entlang der beiden Begriffe „starke Nachhaltigkeit“ und „schwache Nachhaltigkeit“, wobei das zweite Substitutionen von Naturkapital durch ökologische, soziale oder ökonomische Wertschöpfung zulässt, die erste Interpretation dagegen nicht.

Das Postulat der „starken Nachhaltigkeit“, dem sich auch der Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung angeschlossen hat, ist insofern für das Verständnis des Konzeptes von entscheidender Bedeutung, als es dem lange vorherrschenden Missverständnis des Dreisäulenmodells entgegentritt. Das vermeintlich gleichberechtigte Nebeneinander der drei Dimensionen führte fast zwangsläufig zur Aushöhlung der ökologischen Postulate. Die Erhaltung des natürlichen Kapitalstocks darf gemäß dem Konzept der starken Nachhaltigkeit nur sehr eingeschränkt als etwas betrachtet werden, das durch ökonomische Wertschöpfung kompensiert werden kann. Nach den Erfahrungen der Finanzkrise ist eine solche Vorsicht in verstärkter Weise geboten, da diese unabwiesbar gezeigt hat, wie fragwürdig die Messgrößen für wirtschaftlichen Wohlstand und Fortschritt in Zeiten der virtuellen Geldschöpfung sind.

Allerdings gibt es ein methodisches Problem. Der Begriff „Ressource“ wird im Modell der starken Nachhaltigkeit als vorsoziale Tatsache vorausgesetzt. Aber etwas ist erst dann als Ressource definierbar, wenn dafür eine Nutzungsperspektive gegeben ist. Wenn man beispielsweise Wasserstoffmotoren erfindet, wird Wasserstoff zur Ressource. Für eine Gesellschaft, die mit Öl nichts anzufangen wüsste, wäre Öl auch keine Ressource. Der Begriff ist aufgrund seiner Nutzenrelation eine abhängige Variable von technischen und sozialen Innovationen. Durch die Erfindung von neuen und effizienteren Nutzungsmöglichkeiten werden Ressourcen gemehrt. Wenn man dies unterschlägt, degeneriert Nachhaltigkeit zum passiven Begrenzungsprinzip.

„Stark“ ist Nachhaltigkeit nicht dann, wenn sie einen naturalistischen Ressourcenbegriff voraussetzt, sondern wenn sie die komplexe Wechselwirkung zwischen der je unterschiedlichen Eigenlogik sozio-ökonomischer und ökologischer Systeme im Blick behält. Angesichts der sich global verdichtenden Krisen von Klimawandel, Finanzsystem, Arbeitslosigkeit, Hunger, regionalspezifischem Süßwassermangel, Verlust von Biodiversität, Aussterben von Fischbeständen, Bodenerosion und Rohstoffknappheiten – um nur einige Aspekte der multiplen Entwicklungskrise des frühen 21. Jahrhunderts zu nennen – sollte sich die Operationalisierung des Nachhaltigkeitskonzeptes künftig stärker auf Resilienz, also den robusten Umgang mit Wandlungsprozessen, fokussieren. Die üblichen Win-win-Modelle von Umweltschutz und wirtschaftlichem Gewinn sind oft viel zu optimistisch und führen bisweilen in die falsche Richtung. Auch das in Polen in großem Maßstab geplante *Fracking* halte ich aus für nicht vereinbar mit dem Postulat der Erhaltung des Naturkapitals, vor allem wegen der schwer kalkulierbaren Risiken für das Grundwasser.

5. Demokratisch: Pluralismus, Partizipation und demokratische Innovation

Die konstruktive Dynamik einer gesellschaftlichen Anpassung an die Bedingungen der Natur beruht wesentlich auf sozialen Innovationsprozessen sowie einem kulturellen Wertewandel, der die Ziele der Nachhaltigkeit von Anfang an in die wissenschaftliche,

technische und wirtschaftliche Entwicklung integriert. Sie ist nur im Rahmen eines Konzeptes möglich, das die unterschiedlichen Präferenzen, Weltbilder und Fähigkeiten in einer pluralistischen Gesellschaft anerkennt. Schon aufgrund dieser Offenheit kann das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung keine inhaltlich eindeutig festgelegte Zielbestimmung sein. Es ist vielmehr ein Zielsystem nicht aufeinander zurückführbarer Teilkomponenten, das eine zukunftsorientierte Gesamtperspektive bietet, um in den unterschiedlichen Situationen ethisch begründete und möglichst ausgewogene Zuordnungen auszuhandeln. Es stellt ein plurales Leitbild dar, das nur durch vielfältige gesellschaftliche Suchprozesse in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur konkretisiert werden kann.

Die Offenheit des Leitbildes der Nachhaltigkeit fordert zur verstärkten zivilgesellschaftlichen Mitgestaltung des öffentlichen Lebens auf. Dies ist die demokratische Leitidee der Agenda 21. Eine „teilhabende Demokratie“ ist nicht nur Mittel, sondern zugleich fundamentaler Inhalt des Konzepts nachhaltiger Entwicklung. Die aktive Mitgestaltung des jeweiligen Lebensraumes kann nicht von oben verordnet werden, sondern muss langsam wachsen. Durch Anerkennung und Mitgestaltung gedeiht Verantwortungsbewusstsein. Deshalb ist Partizipation ein ganz wesentliches Element des ethischen Prinzips der Nachhaltigkeit.

Aktuelle Bewährungsprobe und Chance hierfür ist die 2011 von der deutschen Bundesregierung beschlossene Energiewende, die nicht ohne aktive Mitwirkung der Konsumenten durch neue Konsum- und Mobilitätsmuster gelingen kann und die im Bereich der erneuerbaren Energien den „Prosumenten“ fordert, der zugleich Energie produziert und konsumiert. Eine solche Transformation vom zivilgesellschaftlichen Protest *gegen* etwas hin zu – auch unternehmerischer – Mitgestaltung ist programmatisch für das Konzept der Nachhaltigkeit.

Nachhaltigkeit fordert tiefgreifende demokratische Innovationen im Sinne eines Mehrebenenansatzes, der Nachhaltigkeitspraxen von Pioniergruppen aufgreift, dem latent vorhandenen Wertewandel zivilgesellschaftlichen Entfaltungsraum gibt und ihn konsequent auch auf der Ebene eines Institutionenwandels strukturell absichert. Der von Polen ausgegangene und für viele so überraschende Wandel der Gesellschaft in der Abwendung vom Kommunismus und dem Ende des Kalten Krieges, ist aus politikwissenschaftlicher Sicht das interessanteste Vorbild der Geschichte für die Hoffnung auf eine neue „Große Transformation“ hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft.

Die Idee des mündigen Bürgers durch aktive Mitgestaltung von Nachhaltigkeitsinitiativen, die in konkreten lokalen Initiativen ihren Anfang nehmen, ist nicht nur als moralisch-politisches Postulat, sondern in der inzwischen weltweiten „Transition-Bewegung“ soziale Realität. Allein in Deutschland werden dieser mehr als 120 Gruppen und Initiativen zugerechnet. Rob Hopkins, der Begründer dieser Bewegung, bringt deren Motto in seiner

aktuellen Bilanz anschaulich auf den Punkt: „Einfach. Jetzt. Machen. Wie wir unsere Zukunft selbst in die Hand nehmen“.

Aus der Sicht des WBGU ist Bewusstseinsbildung ein Herzstück und Motor nachhaltiger Entwicklung. Er spricht von transformativer Bildung für ein systemisches Verständnis von Handlungsoptionen und Lösungsansätzen. Die Bedeutung von „Transformationskompetenz“ sei heute vergleichbar mit der grundlegenden Kulturtechnik des Lesen- und Schreiben-Könnens als einer Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und Mündigkeit in der modernen Welt „transformative literacy“. Der erste Ort, an dem solche moralische Kompetenz und die Bereitschaft zu Verantwortung eingeübt wird, ist die Familie (Johannes Paul II).

6. Kulturell: Lebensstil und ein neues Wohlstandsmodell

Nachhaltigkeit steht nicht nur für ein sozialtechnisches Programm der Ressourcenschonung, sondern darüber hinaus für eine ethisch-kulturelle Neuorientierung. Das neuzeitliche Fortschrittsparadigma des unbegrenzten Wachstums ist durch die Leitvorstellung von in die Stoffkreisläufe und Zeitrhythmen der Natur eingebundenen Entwicklungen abzulösen. Als „Fortschritt“ kann künftig nur bezeichnet werden, was von den Bedingungen der Natur mitgetragen wird.

Nachhaltigkeit steht für eine neue Definition der Voraussetzungen, Grenzen und Ziele von Fortschritt. Statt „schneller, höher, weiter“ werden die Sicherung der ökologischen, sozialen und ökonomischen Stabilität menschlicher Lebensräume sowie die umsichtige Risikovermeidung zur zentralen Bezugsgröße gesellschaftlicher Entwicklung und politischer Planung. Der dringendste ökologische Handlungsbedarf und die größten finanziellen Einsparpotentiale für ein neues postfossiles und postnukleares Wohlstandsmodell liegen im Bereich der Energie (Bundesregierung 2010). Entscheidend ist hier die Verbindung von innovativer Technik, organisatorischer Optimierung sowie persönlichen Verhaltensänderungen und damit die Verknüpfung von drei Strategien: Suffizienz (Sparsamkeit), Effizienz (technische Optimierung) und Substitution (erneuerbare statt fossile Energie).

Nachhaltigkeit kritisiert die Fixierung kultureller Vorstellungen des guten Lebens auf wirtschaftlich bestimmte Lebensziele. Eine „Kultur der Nachhaltigkeit“ erkennt Naturschutz als Kulturaufgabe und integriert Umweltqualität als fundamentalen Wert in die kulturelle, soziale, gesundheitspolitische und wirtschaftliche Definition von Wohlstand. Sie sind Ausdruck einer Wiederentdeckung der Ethik des Maßhaltens. Auf der gesellschaftlichen Ebene zielen sie auf ein neues ökologisches Wohlstandsmodell. Ein nachhaltiger Lebensstil zielt nicht auf Wohlstandsverzicht, sondern auf intelligente, rohstoff- und umweltschonende Nutzungs- und Verteilungsstrukturen für möglichst viele Menschen, einschließlich kommender Generationen. Langlebige und reparaturfreundliche

Produkte, Reparieren statt Wegwerfen, Qualität durch maßgeschneiderte Dienstleistungen, gemeinsame Nutzung von Gütern fördern Arbeitsplätze, schonen Ressourcen und sparen häufig auch Geld.

Ein konzeptioneller Fehler vieler Nachhaltigkeitsmodelle ist, dass sie den Bereich des Lebensstiles und Konsums allein der Privatsphäre zuordnen. Es ist zwar richtig, dass dieser Bereich nicht unmittelbar politisch kontrolliert oder gesteuert werden kann und auch nicht soll. Dennoch unterliegen die privaten Entscheidungen der Konsumenten vielfältigen strukturelle Prägungen und Zwängen, die sehr wohl verändert werden können. Deshalb ist das Modell der Ökosozialen Marktwirtschaft, für das sich beispielsweise die Kirchen bereits 1985 stark gemacht haben, der notwendige ordnungspolitische Ausdruck des Konzepts Nachhaltigkeit. Nur durch ein Wechselspiel von Angebots- und Nachfragewandel lassen sich eingeschliffene Konsummuster ändern.

Häufig dient Nachhaltigkeit als grünes Mäntelchen für die Entwicklungs- und Wachstumsmodelle von gestern. Dies ist einer der Hauptgründe, warum die Glaubwürdigkeit des Konzeptes schwer angeschlagen ist. Genügsamkeit und Maßhalten im Lebensstil der reichen Länder sowie der Oberschichten in den Schwellen- und Entwicklungsländern ist ein konzeptionell unverzichtbares Element von Nachhaltigkeit. Das unbequeme Element der Suffizienz ist in den bisherigen Modellen der politischen und ökonomischen Nachhaltigkeitsrhetorik jedoch wenig beachtet. Man spricht lieber von „green economy“ und „nachhaltigem Wachstum“ (so beispielsweise in der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung 2011, sowie bei der UN-Konferenz für Nachhaltigkeit in Rio 2012).

Der nötige Wertewandel für nachhaltige Muster in Konsum, Produktion, Mobilität und Lebensstil wird nicht auf der Basis von Moralappellen für Verzicht gelingen. Er braucht vielmehr eine kulturelle Transformation der Vorstellungen von gutem und gelingendem Leben. Eine wichtige und derzeit viel diskutierte Dimension der kulturellen Transformation für Nachhaltigkeit ist das Wiederentdecken des Wertes von Heimat und der Verwurzelung im je eigenen Lebensraum. Dies führt zu einem Aufblühen von Regionalbewegungen und neuen Formen der lokalen Bürgermitverantwortung.

7. Theologisch: Schöpfungsglaube und Nachhaltigkeit

Das Worldwatch Institute in Washington geht davon aus, dass der „Kurswechsel“ der Weltgesellschaft zu einer nachhaltigen Entwicklung gelingen kann, wenn die Religionen intensiv Mitverantwortung übernehmen. Die spezifisch religiösen Potentiale liegen in der spirituellen Orientierung, der langfristigen Ethik, der globalen Gemeinschaftsbildung, der rituellen Sinnstiftung und ihrer institutionellen Verankerung. Diese werden bisher nur eingeschränkt aktiviert.

Mit anderen Worten: Der Nachhaltigkeitsdiskurs ist „religionsproduktiv“, insofern er grundlegende Fragen nach langfristiger Zukunft und globaler Verantwortung stellt und von daher auch die Religionen kritisch nach ihrem Beitrag zur Problembewältigung befragt. Als älteste globale Institution auf unserem Planeten ist die Kirche in besonderer Weise beauftragt, für globale und intergenerationelle Gerechtigkeit einzutreten. Der Brückenschlag zwischen Schöpfungsverantwortung und Nachhaltigkeit ist jedoch auch für die Kirchen ein mühsamer Lernprozess. So wie der christliche Gedanke der Caritas Jahrhunderte lang nur tugendethisch verstanden und erst in der Verbindung mit dem Solidaritätsprinzip politisch wirksam wurde, so braucht der Schöpfungsglaube eine Übersetzung in ordnungsethische Kategorien, um politikfähig und justizabel zu werden und die konkreten Konsequenzen in den organisatorischen Strukturen und wirtschaftlichen Entscheidungen deutlich zu machen.

Deshalb sollte Nachhaltigkeit heute als viertes Sozialprinzip in der christlichen Ethik verankert werden. Die freiheitliche Demokratie beruht nicht nur auf den Werten bzw. Sozialprinzipien der Personalität, Solidarität und Subsidiarität, sondern ebenso auf dem Prinzip der Nachhaltigkeit. Nachhaltigkeit ist der kategorische Imperativ zeitgemäßer Schöpfungsverantwortung. Für die Christen kann und muss das Konzept dazu dienen, die ethischen Impulse des Glaubens in die Handlungsfelder der gesellschaftlichen Zukunftsgestaltung zu übersetzen. Wenn man mit Johannes Paul II. davon ausgeht, dass die Christen eine „ökologische Berufung“ haben, dann sind sie heute auf den Weg der Nachhaltigkeit verwiesen.

Zur politischen Bedeutung der religiösen Dimension von Nachhaltigkeit gab es bei der Nachhaltigkeitskonferenz 2012 in Rio einen interessanten Impuls einiger lateinamerikanischer Länder. So hat u. a. Peru unter dem Rückgriff auf präkolumbianische Naturbegriffe den Schutz der „Mutter Erde“ in der Verfassung verankert und eine entsprechende ethische Neuorientierung auch in der Internationalen Politik eingefordert. Das „Institute for Advanced Sustainability Studies“ (IASS), das unter der Leitung von Klaus Töpfer in Berlin-Potsdam gegründet wurde, setzt sich in der wissenschaftlichen und politischen Debatte für eine Stärkung solcher religiös konnotierten Naturvorstellungen – gerade auch im Kontext der pluralistischen Kultur der Weltgesellschaft – ein, um einen weniger ressourcenintensiven Weg der Moderne zu ermöglichen.

Ein Schöpfungsglaube, der mit einer gewissen Demut und Bescheidenheit auf die Grenzen des Menschen verweist, ist ein entscheidendes Korrektiv zu manchen Interpretationen des Konzeptes der Nachhaltigkeit, die daraus die Leitutopie des 21. Jahrhunderts für ein globales öko-soziales und ökonomisches Management machen. Oft dient das ökologische Wissen im Rahmen der Nachhaltigkeit nur dazu, den Anspruch auf Naturbeherrschung auszuweiten statt zugleich auch kritisch nach den ethisch-politischen und kulturellen Bedingungen für eine langfristige Beherrschbarkeit dieses Wissens zu fragen. Ohne die Tiefendimension einer Anthropologie und Naturphilosophie bleibt der

Nachhaltigkeitsdiskurs unkritisch und degeneriert oft zum bloßen Anpassungsdiskurs. Manches, was gegenwärtig unter dem Stichwort „Geoengineering“ diskutiert wird, ist nicht nur in hohem Maße riskant, sondern auch missbrauchbar. Aus Sicht aller Weltreligionen braucht die Fähigkeit zu Verantwortung intelligente Selbstbeschränkung.

Die mentalen Barrieren einer Abkehr vom Modell des grenzenlosen Wachstums haben auch theologische Ursachen. Der Mensch hat das Bedürfnis nach einem offenen, Sinn stiftenden Horizont. Da viele diesen heute nicht mehr in einer – wie auch immer gearteten – religiösen Vorstellung von Transzendenz finden, projizieren sie ihn in die Zukunft als Raum vermeintlich unbegrenzter Möglichkeiten. So hat das „Prinzip Hoffnung“ eine auch sozialpsychologisch tiefe Funktion und kann trotz aller kognitiven Einwände kaum verabschiedet werden.

Das Wissen um die begrenzte Möglichkeit des Menschen, komplexe historische Prozesse zu steuern, kann zu Gelassenheit führen. Religiöse Sprache drückt dies metaphorisch aus: „Die Zukunft liegt in den Händen Gottes“. Eine solche Haltung des Gottvertrauens ist strikt von Passivität zu unterscheiden und eher als ein aufmerksames Erwarten zu charakterisieren. Bei der Herausbildung einer Haltung aufmerksamer Gelassenheit, die für Nachhaltigkeit eine Schlüsselbedeutung hat, kann der christliche Glaube eine substantielle Rolle spielen.

Häufig nimmt der Umweltdiskurs jedoch gerade in umgekehrter Weise auf die verbliebenen Reste religiöser Vorstellungen Bezug. Sie werden benutzt, um moralische Schuldvorwürfe und apokalyptische Zukunftsängste zu untermauern. Das passt zwar zur medial geprägten Kultur, wo nur *bad news* Aufmerksamkeit finden, widerspricht aber dem christlichen Grundimpuls als „Evangelium“, also einer Frohbotschaft, die sowohl gegenüber den Verheißungen des neuzeitlichen Fortschrittsoptimismus als auch gegenüber dessen apokalyptischer Umkehrung kritische Distanz wahrt. Eine solche höchst sensible Balance ist ein entscheidendes Element des Nachhaltigkeitskonzeptes. Aus den Quellen des christlichen Glaubens kann es Vertrauen in den Sinn und die Möglichkeit der Zukunftsgestaltung gewinnen ohne der utopischen Verheißung des Fortschrittsoptimismus zu folgen.

Nachhaltigkeit ist für Carlowitz, den Erfinder des Begriffs, eine Geisteshaltung, die er als Ehrfurcht vor der Schöpfung sowie als Teilhabe an deren kreativ-schöpferischer Macht beschreibt.